

ÜBERSETZUNG

Kursiv gesetzt Texte sind Anmerkungen
bzw. Sinnergänzungen des Übersetzers.



GENERALKONSULAT DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA Leipzig

Information Resource Center
Wilhelm-Seyfferth-Straße 4 · 04107 Leipzig · Tel (0341) 213 8425 · Fax (0341) 213 8443

Leipzig, 27. November 2002

unsere Kollegen in der US-Botschaft in Berlin haben Ihre Anfrage an uns weitergeleitet.

Die von Ihnen erwähnten Protokolle sind unseres Wissens bisher nicht veröffentlicht worden. Aus unserer Datenbank „PDQ (Public Discovery Query)“ erhalten Sie folgende Dokumente:

- Niederschrift der Pressekonferenz der Außenminister vom 17. Juli im Anschluß an die Zwei-plus-Vier-Treffen in Paris
- Protokoll einer Hintergrundbesprechung am 17. Juli, durchgeführt im Anschluß an die Zwei-plus-Vier-Treffen in Paris durch leitende Beamte des (*amerikanischen*) Außenministeriums
- Erklärung von Außenminister Baker zum Schluß der Zwei-plus-Vier-Ministertreffen in Paris am 17. Juli

Mit freundlichen Grüßen

(gez.: K. Hamburg)
Katrin Hamburg
Informationsabteilung

Text:

*EUR308 07/18/90 *

WE

?X

AUSSENMINISTER INFORMIEREN PRESSE NACH GESPRÄCHEN

(Protokoll: 2-PLUS-4 Pressekonferenz) (8100)

PARIS -- Es folgt das Protokoll der Pressekonferenz vom 17. Juli durch den US-Außenminister James Baker III, den französischen Außenminister Roland Dumas, den westdeutschen Außenminister Hans Dietrich Genscher, den ostdeutschen Außenminister Markus Meckel, den polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski, den britischen Außenminister Douglas Hurd, und den sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse im Anschluß an die Zwei-Plus-Vier-Treffen in Paris:

(Protokollanfang)

DUMAS: Meine Damen und Herren, wir werden über die Arbeit berichten, die wir heute getan haben. Es gab drei (Gesprächs-)Runden, sozusagen. Am Vormittag kamen wir zusammen, die Zwei-plus-Vier, die Sechs, die Minister der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der UdSSR. Die zweite Runde fand statt während eines Arbeitsessens unter Einschluß des polnischen Außenministers. Und die dritte Periode oder Runde war am Nachmittag mit Teilnahme des polnischen Ministers. Und während dieser dritten Runde befaßten wir uns speziell mit polnischen Angelegenheiten und Fragen.

Nun, meine Damen und Herren, der Prozeß der deutschen Vereinigung beendet die bedauerliche Periode des Kalten Krieges, der Teilung der deutschen Bevölkerung, und der Teilung des europäischen Kontinents. Natürlich ist die Wiedervereinigung Deutschlands etwas, das die Deutschen selbst bewerkstelligen müssen, und wir sind glücklich feststellen zu können, daß alles recht verläuft. Aber die Tatsache, daß die Teilung Deutschlands schwierig zu behandeln war und die rechtliche Lage nach dem Zweiten Weltkrieg aufwarf, mußten wir die äußeren Umstände mit in Betracht ziehen, die Auswirkungen einer solchen Wiedervereinigung, auf die während des Treffens des Europäischen Rates im Dezember letzten Jahres aufgrund der Initiative des Präsidenten der Französischen Republik Bezug genommen worden war. Es wurde gesagt, daß das Problem der Grenzen gelöst werden sollte. Aus diesem Grund war die Gruppe der Sechs ins Leben gerufen worden. Die Sechs, die Zwei-Plus-Vier haben sich bereits in Bonn und Berlin getroffen. Diese beiden Treffen klärten die Themen. Und in Berlin kam man beispielsweise überein, daß unser Ziel die Erreichung eines Konsenses und der Stichhaltigkeit (*Anm.: auch „Überzeugungskraft“*) zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiedererlangung seiner Souveränität sein sollte. Und es wurde auch darüber übereingekommen, daß die Gruppe der Sechs ihre Arbeit (*Seite 2 des Originals:*) für den KSZE-Gipfel am 19. November in Paris abschließen sollte.

I denke, wir sollten glücklich über die in verschiedenen Institutionen getroffenen Entscheidungen sein, das heißt, seit unserem letzten Treffen in Berlin. Besonders beziehe ich mich auf das Gipfeltreffen der Länder des Atlantischen Bündnisses am 5. und 6. Juli, das den Kalten Krieg definitiv beendete und eine neue Art von Beziehungen und der Sicherheit in Europa begründete. Dies wurde in London begonnen, und die letzten Begegnungen zwischen Herrn Gorbatschow und Herrn Genscher in Moskau führten zu einem sehr substantiellen Fortschritt in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, und daher wurde in Moskau ein sehr wichtiger Schritt unternommen. Die Außenminister, die sich heute in Paris trafen, nahmen mit großer Befriedigung die gemeinsame

Erklärung von Kanzler Kohl und Herrn Gorbatschow zur Kenntnis. Nach diesen kurzen Bemerkungen würde ich im Interesse meines Landes bemerken, daß es für das wiedervereinigte Deutschland kein Hindernis für seine wiederherzustellende Souveränität vor dem Ende des Jahres gibt. Und dies ist in voller Übereinstimmung mit dem, was Frankreichs seit langer Zeit gefordert und verhandelt hat. Dies ist ein wichtiger Schritt zum Aufbau eines soliden und freien Europas, völlig befreit von vergangenen Konflikten.

Nun zum heutigen Treffen. Einige Worte hierzu. Dies Treffen muß im Gesamtrahmen gesehen werden, und es ermöglichte uns, verschiedene Hindernisse auszuräumen und von daher einen weiteren und möglicherweise entscheidenden Schritt in Richtung auf etwas, das wir als eine endgültige Regelung bezeichnen. Wir sind übereingekommen, daß Deutschland selbst entscheiden solle über seine Rolle innerhalb der militärischen und politischen Systeme gemäß der Schlußakte von Helsinki. Die Frage der sowjetischen Truppen auf dem gegenwärtigen Territorium der DDR wird in einem bilateralen Vertrag zwischen der UdSSR und dem wiedervereinigten Deutschland gelöst. Es wurde von unseren politischen Führern verlangt, die endgültige Vereinbarung zu entwerfen, die ich andeutete. Ich bin sicher, daß Sie dies recht verstanden haben. Der größte Teil unseres Treffens befaßte sich mit dem Problem der Grenzen und speziell der Oder-Neiße-Grenze. Der polnische Außenminister nahm an diesem Teil unserer Arbeit und selbst während des Essens wie aufgrund der Entscheidung der Ottawa-Gruppe vorgesehen teil. Ich glaube für alle meine Kollegen zu sprechen, wenn ich sage, daß wir uns über die Teilnahme des polnischen Ministers gefreut haben. Und es war ein sehr fruchtbares und sehr positives Treffen.

Ich kann sagen, daß uns unser Treffen ermöglichte, eine allgemeine Übereinkunft über den Weg zu registrieren, auf dem man das Problem der Grenze zwischen Deutschland und Polen lösen könnte in Bezug auf Prinzipien und Wege und Mittel und den Zeitplan dieser Übereinkunft.

Aufgrund der Einladung des sowjetischen Außenministers wird unser nächstes Treffen, (*ein*) Ministertreffen, am 12. September in Moskau stattfinden. Daher endet das heutige Treffen (*Seite 3*) zur Zufriedenheit aller Betroffenen. Ich bin sehr froh vor allem über die heutige Teilnahme Polens daran und über die allgemeine Genugtuung, die wir alle empfinden.

Ich bin besonders glücklich darüber, daß dieses Treffen in Paris stattfinden konnte. Nun überlasse ich das Wort dem polnischen Außenminister.

SKUBISZEWSKI: Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. Ich möchte den Dank und die Freude der polnischen Regierung darüber ausdrücken, daß mein Land während der Konferenz repräsentiert war und an der Debatte teilnahm. Vor allem bin ich darüber erfreut, daß dieses Treffen in Paris stattfand, in Frankreich, und über die erzielten Ergebnisse. Und in Bezug auf das Problem der Grenze zwischen Deutschland und Polen glaube ich, beiderseits, daß die beiden deutschen Staaten und Polen gleichermaßen zufrieden sind. Die Frage der Bestätigung dieser Grenze aufzuwerfen, das war mein Hauptziel, und Entscheidungen wurden getroffen, und Sprachregelungen wurden entschieden, die völlig zufriedenstellend sind.

Wie Sie wissen, hat Polen vor einiger Zeit einen abzuschließenden Vertrag zwischen einem vereinten Deutschland und Polen auf der Grundlage eines von uns eingebrachten Entwurfs hinsichtlich der grenzbezogenen Bedingungen, (*und*) die Hauptmerkmale wie der Vertrag konzentrieren sich nun ausschließlich auf die Grenzfrage, um die Dinge voranzubringen, und dies geschieht im Rahmen rechtlicher Texte und Satzungen (*auch: Verfassungen*), internationalen Rechts und nationalen Rechts Deutschlands und Polens. Aber ich glaube auch – und hier stimmen wir mit unseren deutschen Freunden überein – daß baldmöglichst ein anderer Vertrag zur Regelung aller Fragen guter Nachbarschaft zwischen Polen und dem geeinten Deutschland abgeschlossen werden sollte.

Die Grenze, wie ich sagte, wurde bestätigt. Und Sie wissen, daß beginnend mit dem Potsdamer Abkommen 1945 auf beiden Seiten immer Nachdruck darauf, auf den polnischen Standpunkt, gelegt wurde, daß wir einen Friedensvertrag brauchen, um diese Grenze festzulegen und zu beschreiben. Nach der heutigen Entscheidung ist dies nicht mehr nötig, weil wir abschließende Ergebnisse erzielt haben.

In meinem Beitrag zu diesem Treffen habe ich auch auf andere, Polen betreffende Probleme Bezug genommen, im besonderen die wirtschaftliche Situation. Und ich kann Ihnen sagen, daß wir auch auf diesem Gebiet das Gefühl hatten, daß Deutschland volles Verständnis (*dafür*) hatte, und wir bekamen einen vielversprechenden Vorschlag von Minister Genscher zu einem Treffen in diesem Sommer zwischen Deutschland und Polen, um die sehr schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu erörtern, die für Polen als Ergebnis der vergangenen Situation erwachsen. Und ich bin bereit, die an mich von Ihnen gestellten Fragen zu beantworten.

DUMAS: Herr Baker hat das Wort.

BAKER: Meine Damen und Herren, vor etwa sechs Monaten begannen wir in Ottawa diesen Zwei-plus-Vier-Prozeß. Dies war eine neue Vorgehensweise, abgestimmt auf neue Zeiten. Ich denke, es wäre (*Seite 4*) fair zu sagen, daß unser Vorhaben ehrgeizig war, aber nicht zu ehrgeizig für diese neue Ära europäischer Hoffnung und Freiheit.

Unser Ziel war, natürlich, die friedliche und demokratische Vereinigung Deutschlands wie auch die Versöhnung Europas zu fördern, und ich denke, daß wir diesem Ziel deutlich näher gekommen sind. Wir halten den notwendigen Schritt, der nötig ist, um unser Werk zu vollenden und zum Ziel zu gelangen, um die noch vorhandenen Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte zu beenden und Deutschland die volle Souveränität zum Zeitpunkt der Vereinigung in 1990 zu geben.

Vor nur sechs Wochen übergab Präsident Bush an Präsident Gorbatschow während des Gipfeltreffens in Washington neun Punkte mit dem Ziel, die Sowjetunion unseres festen Willens zu versichern, die legitimen politischen, Sicherheits- und ökonomischen Interessen der Sowjetunion anzusprechen.

Vor nur zwei Wochen verabschiedete die NATO in London eine Erklärung, die dieses Vorhaben in Anweisungen, spezielle Verpflichtungen umsetzte, um dem Osten die Hand zu reichen, die Verteidigungsdoktrin und –strategie zu modifizieren, unsere Verpflichtungen zur Waffenkontrolle zu erweitern und stufenweise neue KSZE-Organisationen zu bauen für ganz Europa, das sich der Freiheit und des Friedens erfreut.

Erst gestern vereinbarten die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion in Stawropol acht Punkte, die es uns ermöglichen, die Vier-Mächte-Rechte zum Zeitpunkt der Vereinigung zu beenden, Deutschlands volle Souveränität und volle Vorrechte unter der Schlußakte von Helsinki wiederherzustellen und hierdurch eine starke Grundlage für die Sicherheit und Stabilität Europas zu schaffen.

Natürlich treffen wir uns heute mit unserem polnischen Kollegen, Minister Skubiszewski, in Anerkennung des besonderen Interesses, das wir alle darauf verwendet haben, den definitiven (*Anm.: = endgültigen*) der polnisch-deutschen Grenze sicherzustellen. Wir alle stimmen darin überein, daß ein vereinigt Deutschland bestehen wird aus der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin. Nicht mehr, nicht weniger. Nach Diskussion und in Abstimmung mit unserem polnischen Kollegen einigten wir auch über eine Reihe von Prinzipien, über die endgültige Regelung der Grenzfrage. Und natürlich waren wir erfreut über die deutsche verpflichtende Aussage, innerhalb kürzester Zeit nach der Vereinigung im Rahmen der bereits gegebenen Zusagen der deutschen Parlamente zu einem Grenzvertrag zu kommen. Als nächstes werden unsere

Offiziellen damit beginnen, die Liste äußerer Themen anzuwenden, die sie für den Entwurf einer endgültigen Regelung zusammengestellt haben.

Zusammenfassend sind die Vereinigten Staaten sehr zufrieden, daß wir uns in Richtung eines souveränen und vereinten Deutschlands bewegen, und wir gehen in Richtung einer stabilen Sicherheitslage für Europa. Wir ersetzen die historischen nationalen Interessen, die uns getrennt hatten, mit einem gemeinsamen europäischen und atlantischen Interesse, das uns eint. *(Seite 5)* Dieses Ergebnis, das sich uns so lange entzogen hat, ist nun in Reichweite.

Zum Jahrestag unseres Ottawa-Treffens erwarte ich, daß die Vereinigten Staaten und die anderen vier Mächte die Ankunft eines vereinten, souveränen und demokratischen Deutschlands begrüßen werden, einen wertvollen Beitrag zum Aufstieg und Bewahrung eines Europas, das ein Ganzes ist, und eines Europas, das frei ist.

DUMAS: Ich danke Ihnen. Das Wort hat nun Herr Genscher, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland.

GENSCHER: Meine Damen und Herren, ich möchte damit beginnen, unserem Gastgeber, Herrn Dumas, für die ausgezeichnete Weise zu danken, in der er das heutige Treffen geleitet hat. Und ich möchte auch meine besondere Freude über die Anwesenheit unseres polnischen Kollegen, des Außenministers Skubaszewski ausdrücken, der viele Jahre hindurch an der Stärkung des Verständnisses zwischen Polen und Deutschland gewirkt hat. Heute haben wir während der Sitzungen, an denen er teilnahm, die Prinzipien erwogen, die die Lösung der Grenzfrage *(Verb ist nicht leserlich!)*. Natürlich sind wir uns der dunkelsten Perioden des historischen Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen bewußt.

Heute haben wir eine Übereinstimmung über diese grundlegenden Prinzipien erzielt, nicht nur unter den an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen Beteiligten, sondern auch mit unserem polnischen Kollegen. Und ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, die Intention der deutschen Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen, mit Entschlossenheit sicherzustellen, daß es innerhalb kürzester Zeit nach der Vereinigung und der Zurückerhaltung der Souveränität einen Grenzvertrag mit Polen geben wird, der dann dem Parlament des vereinten Deutschland zur Ratifizierung vorgelegt werden wird.

In unseren heutigen Diskussionen haben wir auch die Themen der Ergebnisse unserer Gespräche mit der sowjetischen Führung während der letzten Tage in der Sowjetunion eingebracht. Diese Gespräche wie auch deren Ergebnisse wurden von allen Beteiligten begrüßt, und wir denken, daß sie einen Erfolg für Europa als Ganzes darstellen, für das neue Europa, und daß diese Ergebnisse unsere Erwartungen bestätigt haben, daß es möglich sein könnte, die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen (noch) vor dem KSZE-Gipfeltreffen abzuschließen, das im November in Paris stattfinden wird. Wir sollten in der Lage sein, dies vor dem KSZE-Gipfel fertigzustellen. So könnten wir das Schlußdokument in diesem Jahr unterzeichnen, so daß Deutschland Einigung und die Wiederherstellung der vollen Souveränität für Deutschland noch in diesem Jahr möglich wäre.

Ergebnis dieser Entwicklung, die begleitet wurde von der erfolgreichen Vorbereitungsarbeit für den KSZE-Gipfel und den Ergebnissen der NATO-Konferenz in London, welche ein neues Verhältnis zwischen den Mitgliedsländern der verschiedenen Bündnisse darstellt, der zwei Bündnisse, ist, daß dieser *(Seite 6)* dynamische Prozeß der deutschen Einigung deutlich einen positiven Einfluß auf Europa als Ganzes darstellt. Die deutsche Einigung ist ein Beitrag zur Sicherung der Einheit, der Stabilität in Europa, und der Bewahrung des Friedens in Europa.

Natürlich sind wir Deutschen uns völlig bewußt über die Verantwortung, die diese Entwicklung uns

aufgelegt, und wir begrüßen die Tatsache, daß im Anschluß an die heutigen Diskussionen (Anm.: auch lesbar als „daß als Ergebnis der heutigen Diskussionen“) es feststeht, daß die deutsche Einheit noch in diesem Jahr vollendet sein wird. Und ich möchte all meinen Kollegen danken, die an dieser Vereinbarung mitgewirkt haben, ich möchte ihnen danken für ihre konstruktive Herangehensweise.

DUMAS: Danke, Herr Genscher. Das Wort hat nun der Außenminister der Sowjetunion.

SCHEWARDNADSE: Meine Damen und Herren, ich teile die generelle Einschätzung des soeben stattgefundenen Treffens, des soeben stattgefundenen Ministertreffens, die Einschätzungen, die gerade von Herrn Dumas und meinen anderen Vorredner-Kollegen skizziert worden sind. Zum Zeitpunkt des Pariser Treffens haben sehr wichtige Ereignisse stattgefunden, die uns Grund für Vertrauen darauf geben, daß eine Vereinbarung über die endgültige Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit erreicht werden wird und daß sie verbunden wird mit dem Prozeß der deutschen Vereinigung.

Ich möchte die wichtige Arbeit anmerken, die während der beiden ersten Runden des Sechser-Treffens geleistet wurde, und auch während der ministeriellen Kontakte auf bilateraler Ebene. Es war während dieser Kontakte, daß wir Einverständnis über die Bedingungen und der Art der politischen Entwicklung erzielt haben, welche die Lösung der mit der deutschen Regelung verbundenen Punkte ermöglicht.

Besonders lassen Sie mich die Tatsache hervorheben, daß es während der vergangenen paar Monate Kontakte Kontakte zwischen den führenden Leitern der an den Zwei-plus-Vier-Mechanismen gab. Das Treffen zwischen der Präsidenten der UdSSR. Michail Gorbatschow, und dem Bundeskanzler Herrn Kohl komplettierten diese Reihe intensiver Verhandlungen auf Gipfelebene.

So haben nun die Sechs gegenseitiges Verständnis erzielt, erwachsen, hervorgetreten sowohl aus dem breiten politische Dialog der Vier Mächte und der beiden deutschen Staaten, wie auch jenen, die möglich wurden als Ergebnis der weitreichenden Veränderungen, die innerhalb des Warschauer Paktes, der NATO, und innerhalb des umfassenden europäischen Kontextes.

Das zentrale Problem, dem wir in unseren Gesprächen in Ottawa gegenüberstanden, war die Bestimmung der Verantwortlichkeiten und der Rechte der Vier Mächte, wie auch die Gewährung voller Souveränität für das künftig vereinte Deutschland, und das Problem des politischen, (*und*) militärischen Status Deutschlands.

(Seite 7)

Für uns war es von Anbeginn an keine Frage – wir stellten nicht in Frage, daß der Prozeß der Errichtung der deutschen Einheit auf demokratischer Grundlage stattfindet, daß wir den Deutschen in beiden Teilen Deutschlands vertrauen können, die in der Nachkriegszeit ihre Verpflichtung zum Frieden bewiesen und ihre Entschlossenheit gezeigt haben, eine (*solche*) Art der Gesellschaft und des Staates zu schaffen, die niemanden bedrohen und ein verlässlicher Partner für alle Länder im Westen wie im Osten sein würde.

So haben wir von Anbeginn an, während der Arbeit des Mechanismus der Sechs, eine Verbindung zwischen der Einheit Deutschlands und drei anderen Prozessen - dem der Reduzierung militärischer Konfrontation in Europa und des gemeinsamen Übergangs der europäischen Länder zu Verteidigungsdoktrinen, die die Prinzipien effizienter Verteidigung realisieren - dem der Schaffung europäischer Strukturen der Sicherheit und politischer Zusammenarbeit – und dem der Änderung militärischer Blöcke zu Bündnissen und zur Gründung partnerschaftlicher Verhältnisse zwischen den Staaten, die den beiden Bündnissen angehören.

Nach dem Treffen des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Paktes in Moskau und den Tagungen unserer Partner in Dublin und London sahen wir einen dramatischen Wandel, einen dramatischen Fortschritt auf allen diesen drei Gebieten. Wir können ohne Übertreibung sagen, daß wir in Europa eine qualitativ neue politisch-militärische Situation haben, sich heute in Europa entwickelnd. Und dies ermöglicht es, die Möglichkeit einer Synchronisation äußerer wie innerer Aspekte einer deutschen Einheit zu erwägen und die Verantwortlichkeiten der Vier Mächte im Augenblick der Vereinigung beider deutscher Staaten zu beenden und dem künftigen Deutschland volle Souveränität zu gewähren. Und dies bedeutet, daß Deutschland als souveräner Staat selbst entscheiden kann, welcher Allianz es angehören wird. Eine Wahl zugunsten der NATO bereitete uns Schwierigkeiten, ernsthafte Probleme für uns in einer Situation, als die NATO an ihren alten Positionen festhielt. Aber die fortschreitende bevorstehende Umwandlung dieses Bündnisses ermöglicht es uns, eine neue Einschätzung der Rolle und des Platzes der sich ändernden NATO in Europa vorzunehmen.

Ich glaube, daß den Interessen aller europäischen Länder mit den politischen Erklärungen der Führer der BRD und der DDR gut gerecht wird, daß das zukünftige Deutschland keine Massenvernichtungswaffen besitzen und die Größe der Bundeswehr begrenzt sein wird, substantiell begrenzt, und daß die militärischen Strukturen der NATO sich nicht auf das Territorium der DDR ausdehnen. Zusammen mit der Vereinbarung über die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem deutschen Territorium während einiger Jahre werden diese Einschränkungen als materielle Garantie für die Stabilität in Europa dienen.

(Seite 8)

Wir sind auch fest überzeugt, daß die Sowjetunion und ein vereintes Deutschland einen Vertrag schließen werden, demgemäß beide Seiten sich nicht als Gegner betrachten, keine Gewalt gegeneinander anwenden und auf politischem, wirtschaftlichem und anderen Gebieten eng kooperieren werden. Wir erwarten, daß in Kürze neue europäische Sicherheitsstrukturen entstehen werden, zuallererst ein Zentrum zur Verhinderung und Lösung von Krisen. Ich möchte an die Aussage der sowjetischen Seite während der ersten Treffens der Sechs in Bonn erinnern, daß eine Änderung der militärpolitischen Situation in Europa der UdSSR eine andere Sicht ermöglichen würde, eine neue Sichtweise auf die Frage einer deutschen Einheit, die zu jener Zeit schwierig aussah. Gegenwärtig haben wir Grund dazu und wir können sagen, daß wir wirklich konstruktiv und mit gutem Willen an die Lösung dieser Fragen herangegangen sind.

Während des gegenwärtigen Ministertreffens haben wir entschieden, wie meine Kollegen bereits angekündigt haben, unsere Arbeit in praktikable Bedingungen zu arrangieren um sicherzustellen, daß wir zum Zeitpunkt des Moskauer Treffens am 12. September einen Vertragsentwurf zwischen den Sechs vorliegen haben, den die Minister als eine Basis annehmen und vervollständigen können und ihn dann dem Europagipfel hier in Paris übergeben.

Der heutige Tag wird, ich bin sicher, wird eingehen in die Geschichte als ein Tag, an dem die Frage der deutsch-polnischen Grenze endgültig gelöst wurde, gelöst zur völligen Zufriedenheit unserer polnischen Freunde. Wir schätzen den Beitrag von Minister Skubaszewski bei der Lösung dieser Frage, und ich möchte ihm und Herrn Genscher, und Herrn Meckel, und den Delegationen jener drei Länder bei dieser wichtigen Gelegenheit aufrichtig gratulieren.

Schließlich möchte ich meinem Freund, Herrn Roland Dumas, für seinen effektiven Vorsitz und ebenso für die Bereitstellung einer schönen und eleganten Umgebung für unsere Treffen hier in Paris danken.

DUMAS: Danke. Ich möchte Ihnen, lieber Freund, danken, und überlasse das Podium dem Außen-

minister des Vereinigten Königreichs, Sir Douglas Hurd.

HURD: Nun, Herr Vorsitzender, Sie waren ein sehr erfahrener Vorsitzender für uns, und heute stellt sich heraus, daß wir zwei Nüsse geknackt haben: die Frage der polnischen Grenzen und die Gestalt der endgültigen Regelung. Aber wie jemand kürzlich bemerkte – ich weiß nicht mehr wer – wir haben starke Zähne. Aber dies war nicht selbstverständlich, nicht einmal vor wenigen Wochen, weil während dieser Serie von Gesprächen mehrfach Zweifel zum Ausdruck gebracht wurden über die Stabilität des Vorhabens und die Aussichten auf einen Erfolg bei der Fertigstellung unserer Aufgabe vor dem Ende des Jahres. Diese Zweifel sind nun auf dem Rückzug. Herrn Schewardnadse sprach zu uns heute Vormittag über geduldige, ruhige Verhandlungen. Nun, dies wurde hier heute praktiziert, es wurde in vielen Verhandlungsrunden praktiziert (Seite 9) während der letzten Monate, und deshalb ist das Ergebnis richtig.

Als wir uns zuvor in der Zwei-plus-Vier-„Maschinerie“ trafen, betonte Herr Schewardnadse, daß ein vereintes Deutschland sich nicht leicht in die Landschaft eines neuen Europa einfügen ließe, wenn alles andere unverändert bliebe. Und er lenkte besondere Aufmerksamkeit im voraus auf die Bedeutung des NATO-Gipfels in London. Und wir nahmen ernsthaft zur Kenntnis, was er dann sagte, und wie Sie heute hörten, hat ihn die Londoner Erklärung nicht enttäuscht. Und als ein Ergebnis der detaillierten, harten Arbeit der Regierungen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland visieren wir nun die Freiheit eines vereinten Deutschland an, seine Bündniszugehörigkeit, seinen eigenen Platz in Europa zu wählen, im Einklang mit den legitimen Besorgnissen der Sowjetunion.

Während des Essens und am Nachmittag haben wir Übereinstimmung in der Grenzfrage erzielt. Nun, wir Briten haben starkes Verständnis mit den Polen für historische Gründe, auch für heutige Gründe, und ich hatte verschiedene lange und fruchtbare Gespräche über diese Probleme mit Herrn Skubiszewski. Es ist eine große Erleichterung, eine große Genugtuung für uns, daß hierüber eine Vereinbarung getroffen wurde. Hier sind zwei Länder mit einer sehr bewegten gemeinsamen Geschichte, zwei Ländern, die nun getrennt werden, aber getrennt durch eine vereinbarte internationale Grenze, aber vereint in ihrer Verpflichtung für ein demokratisches, freies Europa, das seine Differenzen friedlich beilegt. So sollte es sein.

DUMAS: Ich danke Ihnen sehr. Ich rufe den Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik auf, Herrn Meckel.

MECKEL: Ich möchte zu Beginn noch einmal dem Außenminister Frankreichs für die Art und Weise danken, in der er dem heutigen Treffen vorsaß. Und ich glaube, daß wir während unserer Diskussion wie tatsächlich während der letzten Tage und Wochen seit dem 22. Juni, unserem Treffen in Berlin, große Fortschritte erzielt und einen großen Schritt vorwärts getan haben. Wir sind der Lösung der Fragen viel näher gekommen, die uns zusammengeführt haben. Ich möchte insbesondere das kürzliche Gipfeltreffen in London erwähnen, das Treffen in Moskau vor einigen Tagen. In dieser Hinsicht, auf dem Gebiet der Sicherheit, wurden große Fortschritte gemacht, und ich denke, daß dies unter Berücksichtigung dessen geschah, wie sich die Situation in Europa entwickelt hat. Dies ist der Punkt, auf den ich hinweisen wollte.

Das neue Verhältnis zwischen den Mitgliedsländern der NATO und des Warschauer Paktes und der Fortschritt in Richtung einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses, und wie wichtig dies ist in Sicherheitsbegriffen, das wurde sehr klar gesagt: das das Sicherheitskonzept nicht allein in militärischen Begriffen zu sehen ist, daß Sicherheit ein umfassenderes Konzept ist. Es ist keine Frage der Aufrüstung (Seite 10) gegen Opponenten, sondern vielmehr der Zusammenarbeit, um Sicherheit zu erreichen, und dies hat auch politische und ökonomische Dimensionen.

Wir betrachten das, was in Bezug auf konventionelle Streitkräfte gesagt wurde, als einen sehr posi-

ven Anfangspunkt. Wir sind in der Tat sehr erfreut, daß die Bundesrepublik unsere Anregung aufgenommen hat, insbesondere, daß beide deutsche Staaten die Initiative ergreifen, eine Obergrenze für die deutschen Streitkräfte zu setzen, mit diesem Vorschlag nach Wien zu gehen, und auf dem Bereich konventioneller Streitkräfte eine Lösung für Mitteleuropa vorzuschlagen.

In zurückliegenden Tagen hat die Sowjetunion der deutschen Vereinigung und der Rückkehr voller Souveränität Deutschlands zugestimmt. Die Tatsache, daß diese Ereignisse gleichzeitig geschehen sind, erachten wir als einen großen Schritt nach vorne. Wir glauben auch, daß die internationalen Verträge, die die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten betreffen, daß wir diese Verträge untersuchen müssen um zu sehen, ob sie Einschränkungen, Begrenzungen der Souveränität enthalten, die mit den Rechten und Verantwortlichkeiten der Alliierten korrespondieren.

Wir sind insbesondere zufrieden damit, daß die Sowjetunion ihren Willen dargelegt hat, sowjetische Truppen in ein paar Jahren vom Territorium der Deutschen Demokratischen Republik abziehen, und wir denken, daß dies eine sehr positive Entwicklung ist. Dies ist der Startpunkt des geplanten Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion, der nicht nur Sicherheitsfragen betrifft, sondern alle Fragen unserer gegenseitigen Beziehungen, und wir denken, daß dies basieren sollte auf beiderseitigem Gewaltverzicht. Dies ist verbunden mit dem Abzug sowjetischer Nuklearwaffen von deutschem Territorium und der Vereinbarung, daß zukünftig keine Nuklearwaffen auf dem gegenwärtigen Gebiet der DDR stationiert sein sollen. Wir erachten dies als eine sehr wichtige Verpflichtung. Dies ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Situation, bei der auf dem Territorium des ganzen Deutschlands keine Nuklearwaffen stationiert sein sollten. Wir meinen, daß ganz einfach in diesem neuen Europa keine Notwendigkeit für solche Nuklearwaffen auf deutschem Territorium besteht. Wir sind überzeugt, daß die Sicherheit ohne nukleare Bewaffnung auf deutschem Gebiet gewährleistet werden kann.

Ich bin sehr zufrieden damit, daß wir auf dem heutigen Treffen, wo Herr Skubiszewski an der Diskussion über die Frage der deutsch-polnischen Grenze teilnahm, Fortschritte gemacht haben. Dies ist tatsächlich ein Thema, das wir als gelöst betrachten können. Wir erachten dies als im Einklang mit der Verantwortung der Deutschen, die, wenn sie die Vergangenheit betrachten, die bewegte Geschichte unserer Beziehungen, daß dies etwas ist, dessen wir uns sehr bewußt sein müssen.

Es ist insbesondere wichtig, daß kurz nach dem Moskaubesuch von Bundeskanzler Kohl, daß so kurz nach dieser Vereinbarung, daß wir heute in der Lage waren, *(Seite 11)* Zustimmung zu erreichen. Gestern betraf das Abkommen deutsche sowjetische Beziehungen, (und) heute deutsch-polnische Beziehungen. Dies bietet sehr gute Aussichten für die Zukunft. Wir wollen nie wieder eine Situation sehen, bei der die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion eine Gefahr für Polen darstellen.

Wir sind insbesondere zufrieden, daß Polen Zusicherungen hinsichtlich seiner heutigen Sicherheit erhalten hat, daß heißt, hinsichtlich seiner Grenze. Dies ist etwas, das auf dem Prinzip beruhte, zunächst einen Grenzvertrag so bald als möglich nach der Vereinigung Deutschlands zu unterzeichnen und dann, diesem folgend, Verhandlungen zu führen über einen Generalvertrag über die Beziehungen beider Staaten. Wir erachten dies als einen großen Schritt vorwärts. Wir meinen, daß die deutsche Einheit eng verbunden ist mit der Schlüsselfrage des endgültigen Charakters der Grenze zwischen Deutschland und Polen. Heute haben wir klar dargelegt, daß wir bereit sind – und dies vor der Vereinigung – in trilaterale Diskussionen mit Polen einzutreten und solche Fragen gegenseitigen Interesses zu behandeln.

DUMAS: Ich danke Ihnen sehr. Nun können Sie Ihre Fragen an alle Minister richten. Nennen Sie bitte zuerst den Adressaten Ihrer Frage und sagen Sie dann, wen Sie repräsentieren.

Sie haben Sprecherlaubnis.

F(rage): Ich habe eine Frage an Minister Skubiszewski. Würden Sie sagen, daß das, was heute geschah, tatsächlich die Möglichkeit für Polen vorhersagt, Teil eines vereinten Europas zu werden?

SKUBISZEWSKI: Ein wichtiger Schritt in die Richtung, die Sie angedeutet haben. Es gibt fraglos kein vereintes Europa ohne ein vereintes Deutschland, und umgekehrt. Die endgültige Regelung der, bzw die Bestätigung der Grenzfrage ist ein wichtiger Beitrag für die Stabilität auf dem europäischen Kontinent.

Und was Polens Rückkehr nach Europa angeht, denke ich, daß dies nur in relativen Begriffen gesehen werden, denn selbst in den schlimmsten Zeiten seiner Nachkriegsgeschichte war Polen stets Teil des kulturellen Europa und Teil der europäischen Zivilisation. Gegenwärtig unternehmen wir Schritte, Mitglied des Europarates in Straßburg zu werden, und wir treffen Vorbereitungen für Verhandlungen über den Abschluß eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft, um nur zwei wichtige Schritte zu nennen, die Elemente der polnischen Europapolitik sind.

F: Sie beziehen sich auf Wirtschaftsgespräche dieses Sommers mit Westdeutschland. Bitte nennen Sie uns Einzelheiten. Und alle bezogen sich darauf, daß die Grenzfrage endgültig gelöst sei, und auf die Bedingungen dieser Regelung. Aber ich habe keine (Seite 12) dieser Bedingungen gehört außer, daß die Grenze dort ist wo sie ist. Können Sie uns eine Vorstellung davon geben, welches die anderen Bedingungen sind?

SKUBISZEWSKI: Hinsichtlich der Wirtschaftsgespräche kann ich Ihnen keine Details bezüglich unserer künftigen Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland und möglicherweise auch mit der Deutschen Demokratischen Republik geben, weil wir erst am Beginn unseres Nachdenkens darüber stehen. Auf jeden Fall sind wir in Gesprächen mit der Deutschen Demokratischen Republik über das Schicksal der verschiedenen Verträge und Abkommen wirtschaftlicher Art, die sich ändern werden – als Ergebnis der deutschen Einheit. Und dies ist ein wichtiges Problem für Polen, denn die Deutsche Demokratische Republik war ein wichtiger Wirtschaftspartner Polens.

Zu Ihrer zweiten Frage kann ich im Detail nichts sagen über die Bedingungen der Sache, das heute diskutiert worden ist, weil dies vertraulich ist, aber ich kann Ihnen eines sagen: Polen war immer verwirrt wegen der ständigen Bezüge auf eine Friedensregelung oder einen Friedensvertrag als endgültiges Moment einer Anerkennung oder Bestätigung der Grenze. Diese Bedingung oder Forderung ist nun verschwunden. Dies als Ergebnis dieser Konferenz – ein stabilisierendes Ergebnis.

F: Eine Frage für Herrn Genscher. Herr Genscher, es scheint viele Fragen hier und andernorts zu geben von den Sowjets, von Polen hinsichtlich Deutschlands Zukunft und Wohlfühlen. Welche Versicherungen konnten Sie Ihren Dialogpartnern hier geben?

GENSCHER: Ich würde sagen, daß Deutschlands Verhalten keine Frage war, die wir heute diskutiert hätten. Die Frage, die wir diskutiert haben, ist das, was von unserem deutschen ausgeführt wurde, und ich möchte hier nur betonen, zu unterstreichen, was der Außenminister der Sowjetunion sagte, als er vom Zuversicht sprach, das sein Land in beide deutsche Staaten und die Menschen beider deutschen Staaten hat, und die ist ein Vertrauen, das von allen Teilnehmern dieser Konferenz geteilt wurde.

F: Ich habe zwei Fragen, wenn ich darf, an Herrn Genscher. In Verbindung mit dem, was Herr Mekel gerade sagte, möchte ich gerne wissen, wie Sie über die Aufstellung nuklearer Waffen überall in der DDR denken. Ich möchte von Ihnen hören, wie Sie die Zukunft vorhersehen.

Meine nächste Frage geht an Herrn Dumas. Gibt es irgendwelche Dinge, die möglicherweise nicht in den allgemeinen Entwurf der Regelung Eingang fanden, welche für Sie wichtig waren im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands, seien sie wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art?

GENSCHER: Während unserer gestrigen Diskussionen mit der sowjetischen Führung erreichten wir eine Übereinstimmung, und diese Übereinstimmung ist eine solche, die geteilt wird von den Teilnehmern der heutigen (*Seite 13*) Konferenz, gemäß der es dem vereinigten Deutschland obliegt zu entscheiden, zu welchem, wenn es einem Bündnis angehören möchte. Und in unseren Diskussionen mit der Sowjetführung, und wie unser Bundeskanzler in der Pressekonferenz in der Sowjetunion ausführte, hat er eindeutig festgestellt, daß Deutschland Mitglied der westlichen Allianz bleiben will für die – in Zukunft. Während eines Zeitraums von drei oder vier Jahren werden sowjetische Truppen auf dem Territorium der DDR stationiert bleiben. Dies wird zugrundegelegt in einem Abkommen, das ein vereintes und souveränes Deutschland mit der Sowjetunion unterzeichnen wird, und gleichzeitig werden auf dem Territorium der gegenwärtigen DDR Streitkräfte des vereinten Deutschlands stationiert werden, die nicht unter NATO-Kommando stehen, welche verantwortlich sind für die Territorialverteidigung.

Nach dem Abzug sowjetischer Truppen werden deutsche Truppen – und das schließt deutsche Truppen unter NATO-Kommando ein – auf dem Territorium der DDR stationiert. Diese Streitkräfte werden jedoch keine Nuklearwaffen zur Verfügung haben. Dies ist eine klare Beschreibung der Situation, wie sie für Deutschland zutrifft, in Übereinstimmung, auch, mit der Sowjetunion, daß die Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags Anwendung finden, sobald die Vereinigung stattfindet. Daß diese Vorschriften, (*die*) Vorschriften der Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags auch für das Territorium der DDR gelten.

DUMAS: Um Ihre letzte Frage zu beantworten: Wie Sie wissen, wurde die Ottawa-Gruppe gebildet, um die äußeren Aspekte der deutschen Einheit zu behandeln. Es herrschte Verständnis, daß interne Fragen behandelt wurden unter der Präferenz der beiden Länder. Darunter war die Frage der Grenzen zwischen Polen und Deutschland und die damit auftretenden Probleme zu erkennen. Die Arbeitsgruppe übergab uns fünf essentielle Punkte, die wir heute ebenfalls berücksichtigt haben. Der Außenminister Polens warf eine Reihe zusätzlicher Probleme auf, die (*zwar*) keinen Eingang in das Schlußdokument der Zwei-plus-Vier-Konferenz finden werden, aber auf die er Antworten während des Treffens erhielt. Einige dieser Antworten werden in das endgültige Abkommen einfließen. In anderen Fällen werden diese in Gestalt von Erklärungen (*Anm.: auch: Vereinbarungen oder Klarstellungen*) in dieser Konferenz eingebaut, so daß Sie keine Sorgen zu haben brauchen über etwaige, nicht behandelte Fragen.

F: An die Minister Genscher, Meckel und Skubiszewski, und die Frage ist, haben Sie sich heute im Zusammenhang mit den Grenzen (*auch*) auf die deutsche Verfassung bezogen? Danke.

GENSCHER: Die Bundesrepublik Deutschland hat in einer frühen Phase im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen klar zum Ausdruck gebracht, daß diejenigen Bestimmungen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (*Anm.: Gemeint ist hier wohl das „Grundgesetz“*), die die deutsche Einheit betreffen, entweder gestrichen oder verändert werden wegen Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin. Wenn diese Vereinigung (*Seite 14*) stattgefunden hat, und auf diese Weise das Ziel der Verfassung (*siehe vorige Anmerkung*) – ist das Ziel der Verfassung verwirklicht.

SKUBISZEWSKI: Es trifft zu, daß wir heute über die konstitutionellen Probleme gesprochen haben. Eine Verfassung ist das oberste Gesetz eines Landes, und wenn man voraussetzt, daß die Verfassung auch gewisse internationale Veränderungen wie beispielsweise die Einheit Deutschlands

und die Bestätigung der Grenze in Betracht zieht, so bedeutet dies damit, daß damit auch verschiedene Gesetzesänderungen eintreten, die zu einem gewissen Grade internationalen Regelungen unterworfen sind. Andere gehören in den Bereich souveräner Entscheidungen der betreffenden Länder. Ich denke, daß dieser Teil unserer Debatte sehr nützlich war.

MECKEL: Natürlich ist die Verfassung das oberste Gesetz jedes Landes. Es ist eine Frage für die Souveränität dieses Landes. Wie gesagt wurde, wird es nach der Einigung Deutschlands notwendig sein, das Grundgesetz in gewisser Hinsicht zu ändern. In diesem Zusammenhang wurde der Artikel 23 erwähnt, etwas, das zukünftig nicht in der deutschen Verfassung enthalten sein wird. Heute haben wir diese Frage tatsächlich nicht diskutiert, aber es herrschte Übereinstimmung darüber, daß konstitutionelle Fragen dieser Art nicht Bestandteil eines Vertrages mit einem anderen Land sein sollten. Es gab eine Diskussion darüber, bis zu welchem Maß rechtliche Vorschriften erwähnt werden sollten.

Wir stimmten darin überein, daß es einfach selbstverständlich ist, daß Binnengesetze internationalem Recht und internationalen Pflichten entsprechen müssen, und es ist nicht notwendig, dies in einem Vertrag auszuführen. Und ich sage dies weil, und ich unterstreiche dieses weil ich selbst für viele Jahre in einem Land gelebt habe, das viele internationale Verträge geschlossen hat. Die Binnengesetze der DDR jedoch waren dem ganz einfach nicht angepaßt – stimmten mit unseren internationalen Verpflichtungen nicht überein, und wir sind besonders empfindlich und dieser Frage besonders bewußt und (*Anm.: werden? – müssen? Der engl. Text ist hier unvollständig*) garantieren, daß dies in der Zukunft in Deutschland nicht zutrifft.

F: Dies geht sowohl an Herrn Schewardnadse wie an Herrn Genscher. Herr Meckel bezog sich soeben auf seine Hoffnungen hinsichtlich der De-Nuklearisierung Deutschlands. Herr Schewardnadse, ist es noch immer das Ziel der Sowjetunion, daß ganz Deutschland de-nuklearisiert werden sollte? Und Herr Genscher, was ist Ihre Ansicht hierzu?

SCHEWARDNADSE: Dies wäre eine ideale Lösung. Gestern haben wir in Stawropol wie auch in Moskau die Frage des militärisch-politischen Status des Territoriums diskutiert, das jetzt die DDR ist. Und Einvernehmen wurde erzielt darüber, daß es auf besagtem Territorium während der Präsenz sowjetischer Truppen wie auch nach dem Abzug sowjetischer Truppen keine Stationierung von Nuklearwaffen geben wird. Hinsichtlich der anderen Aspekte dieses Problems besteht ein gutes Maß gegenseitigen Einvernehmens, daß wir nach dem Ende der Wiener Gespräche – der (*Seite 15*) ersten Phase der Wiener Gespräche einen Dialog über die Reduzierung und vielleicht die eventuelle Entfernung taktischer Nuklearwaffen aus Europa beginnen werden.

GENSCHER: Herr Schewardnadse hat, wie ich meine, deutlich klargemacht, daß auf dem Territorium der gegenwärtigen DDR, nach dem Abzug sowjetischer Truppen, daß, bis zu diesem Abzug, deutsche Truppen stationiert werden, und tatsächlich danach, aber sie werden keine Nuklearwaffen bereithalten. Die übrigen Fragen werden innerhalb der Allianz und auf internationaler Ebene diskutiert werden.

F: Herr Minister Baker, hat die Tatsache, daß die Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den Deutschen von ihnen und nicht von dieser Konferenz direkt beschlossen wurden, die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht länger in einer Position sind, den einst innegehabten Einfluß auszuüben, und die Tatsache, daß Sie bisher in dieser Pressekonferenz hierzu nicht gefragt worden sind, zusammen darauf hinweisen, daß der amerikanische Einfluß in Europa weder mehr ist, was er war, noch sein wird.

BAKER: Ich bin froh über diese Frage. Wissen Sie, ich begann mich schon zu wundern – antworte Ihnen damit, daß wir überaus glücklich sind über die gestrige Ankündigung aus der Sowjetunion,

weil wir sehr lang und sehr hart für genau dieses Ergebnis gearbeitet haben.

Die Bedingungen der zwischen Kanzler Kohl und Präsident Gorbatschow getroffenen Vereinbarung sind Bedingungen, welche die Vereinigten Staaten seit wenigstens letzten Dezember unterstützt haben, als wir nach einem vereinten Deutschland als NATO-Mitglied fragten. Daher stellen uns diese Bedingungen sehr zufrieden. Und ich möchte, wenn möglich, Ihre Aufmerksamkeit auf jene neun Punkte lenken, die ich in meiner Eröffnungserklärung erwähnte und die wir mit allen meinen Kollegen hier von Zeit zu Zeit diskutiert haben, insbesondere mit Minister Schewardnadse und Präsident Gorbatschow aus der Sowjetunion. Wir sind daher sehr zufrieden über dieses Resultat. Es ist ein Resultat, das wir über lange Zeit unterstützt haben, und ein Resultat, das zu erreichen wir sehr hart gearbeitet haben.

GENSCHER: Mein Antwort hierauf ist, in Ergänzung zu dem von Herrn Baker gerade Gesagten, daß Deutschland von Anbeginn an begrüßt hat, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an Deutschlands Marsch in Richtung Einheit und unsere Sicht auf eine fortgeführte NATO-Mitgliedschaft, die das Ergebnis einer freien Entscheidung von unserer Seite sein wird, ebenso unterstützt haben wie das Prinzip der Nichterweiterung der NATO-Struktur auf das Territorium der DDR. Dies ist das Ergebnis der gemeinsamen Einschätzung dieser Sache, und wir haben die Unterstützung der Vereinigten Staaten hierin sehr geschätzt. Und ich erinnere mich dessen, was Präsident Gorbatschow gestern während der Schlußkonferenz mit dem Bundeskanzler sagte, als er sich auf die Bedeutung der auf dem Londoner NATO-Gipfel erreichten Resultate bezog, die einen Startpunkt fundamentaler Änderungen in Europa repräsentierten, welche es der Sowjetunion ermöglichte, *(Seite 16)* gestern eine Übereinkunft mit der Bundesrepublik zu erzielen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch hervorheben, welche wichtige Rolle der Präsident der Vereinigten Staaten und der Außenminister – der Staatssekretär *(Anm.: Der US-Außenminister hat den Titel „Secretary of State“ = Staatssekretär)* der Vereinigten Staaten bei der Erreichung der Resultate des Londoner Gipfels gespielt haben.

F: An Herrn Genscher. In Sachen wirtschaftlicher Hilfe, welche Art von Preis erwarten Sie zahlen zu müssen für die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Einheit? Und könnten Sie uns den Gefallen tun, für das britische Fernsehen auf Englisch zu antworten?

GENSCHER: Ja, aber leider ziehe ich es vor, Deutsch zu sprechen. Ich glaube nicht, daß es im Einklang mit den Stand unserer Beziehungen mit der Sowjetunion und der Bevölkerung der Sowjetunion steht, daß es nicht im Einklang steht, von einem Kaufpreis für eine sowjetische Zustimmung zu reden. Ich denke nicht, daß dies angemessen ist – eine solche Sicht ist nicht angemessen. Man kann Einverständnis nicht kaufen; man kann einen Vertrag nicht kaufen. Dies ist nicht etwas, das wir tun wollen und etwas, das wir nicht tun würden.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion stimmen jedenfalls darin überein, daß ein vereintes Deutschland in der Lage sein wird, einen Beitrag zur Stärkung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu leisten und dies so viel effektiver als bei einer Fortsetzung der Teilung Deutschlands. Und aus diesem Grund sind wir übereingekommen, daß wir, in einem innerhalb der nächsten 12 Monate zu unterzeichnenden Vertrag, diese Aussichten auf die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, daß wir diese entwickeln und zu diesem Zweck einen Vertrag schließen werden. Wir sind überzeugt, daß unser Beitrag zur Sicherstellung eines Erfolges der wirtschaftlichen Reformpolitik in der Sowjetunion, will sagen, wir sind sicher, nicht nur vorteilhaft für die Sowjetunion sein wird, sondern tatsächlich für die Entwicklung Europas als Ganzem. Wir haben eine neue Auffassung hierüber, und wir sind überzeugt, daß dies etwas ist, das deutlich zum Nutzen aller Länder Europas sein wird, und wir glauben, daß alle Länder sich dessen bewußt sind. Nun, wenn ich „wir“ sage, meine ich nicht nur die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland, ich meine auch alle an diesem Tisch sitzenden Staaten und tatsächlich, wie ich glaube, alle am KSZE-Prozeß teilnehmenden Staaten.

SCHEWARDNADSE: Bitte um etwas Geduld. Ich möchte reagieren – auch auf Ihre Frage antworten. Auf solchen Gebieten wie der Errichtung der staatlichen Souveränität einer Nation, nationaler Einheit und des Selbstbestimmungsrechts von Nationen gibt es keinen Handel, und wir werden nicht handeln. Ich stimme hier mit Herrn Genscher völlig überein.

F: Eine Frage an Minister Baker oder Minister Skubaszewski. Herr Baker, Sie erwähnten Anpassungen (*Anm.: oder „Berichtigungen“*) durch den polnischen Minister bei den Prinzipien des Grenzvertrages. Ich frage mich, (*Seite 17*) ob einer von Ihnen ausführen kann, welches die Anpassungen waren?

Und zweitens, für Minister Schewardnadse: Sie bezogen sich auf „Partner“, „unsere Partner in Dublin und London“. Betrachten Sie jetzt die NATO-Länder als Partner? Und um die in Bonn gestellte Frage aufzugreifen, bereiten Sie sich darauf vor, diese Partnerschaft irgendwie formell zu bekräftigen, wenn nicht durch eine Bewerbung für die NATO, was dann?

BAKER: (*Es ist*) Unsere möglicherweise gemeinsame Antwort, Herr Minister, wenn wir sagen, daß wir fünf allgemeine Prinzipien angenommen haben, die uns darin leiten, die Grenzfrage in ihrer Beziehung zu auswärtigen Aspekten der deutschen Einheit anzusprechen. Und die Minister haben verschiedene Vorschläge zur Änderung dieser Prinzipien gemacht. Ich denke, daß ich möglicherweise so frei sein kann, sicherlich eine von ihnen zu erwähnen, in der wir gefordert haben, eine Erklärung zu dem Zweck zu haben, daß die Bestätigung der endgültigen Natur der Grenzen Deutschlands einen wichtigen Beitrag zur Friedensordnung in Europa darstellt, bzw. generell Worte zu diesem Zweck. Und wir haben diesen Vorschlag aufgenommen und unseren fünf Prinzipien hinzugefügt. Es gab noch andere Vorschläge, denen wir ebenfalls nachgegangen sind.

DUMAS: Als Vorsitzender dieser Tagung möchte ich bestätigen, daß dieser Zusatz angenommen wurde und im Schluß(*dokument?*) erscheint. Minister Skubiszewski?

SKUBISZEWSKI: Herr Präsident, Sie sprachen über Anpassungen. Tatsächlich gab es keine besonderen Anpassungen, aber wir erweiterten bei gewissen Punkten. Wir adoptierten gewisse Klarstellungen in verschiedener Hinsicht, wie der Herr Staatssekretär ausführte, wurden einige in die fünf Prinzipien aufgenommen, andere waren Thema von offiziellen Erklärungen interessierter Staaten. Alles dies läuft hinaus auf eine Bestätigung der Grenze.

SCHEWARDNADSE: Wenn wir von Partnerschaft sprechen, dann glaube ich, daß nichts Überraschendes darin sein sollte, tatsächlich sind die partnerschaftlichen Beziehungen etwas, das wir bereits mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, der BRD, Britannien und anderen Ländern aufbauen. Und was die Zukunft angeht, nun, ja, ich bin voller Vertrauen, daß wir richtige Partner sein werden, denn was wir tun, ist der Aufbau neuer Beziehungen zwischen Ländern, die heute zu verschiedenen militärpolitischen Allianzen gehören.

Viele Dinge ändern sich heute in der Welt. Wir treten ein in eine Friedensperiode bei der Entwicklung der Weltzivilisation. Und in diesem Zusammenhang müssen wir neue Beziehungen bauen, und es gibt nichts Überraschendes angesichts der Tatsache, daß wir, die Gegner von gestern, Länder, die zu feindlichen Allianzen gehören, zu ehrlichen Partnern werden und auf der Grundlage der Prinzipien von Gleichheit und gegenseitigem Vertrauen kooperieren.

(*Seite 18*)

F: Könnten Sie etwas genauer werden hinsichtlich der von Ihnen gewünschten Änderungen? Haben Sie zum Beispiel eine Änderung der Präambel des westdeutschen Grundgesetzes verlangt? Haben

Sie die Entfernung von Artikel 23 aus dem Grundgesetz verlangt? Haben Sie die Hereinnahme eines Zeitplans in die Zwei-plus-Vier-Vereinbarungen gefordert, um die deutschen Staaten zur Anerkennung der Grenze so schnell als möglich zu verpflichten?

SKUBISZEWSKI: Ich habe weder Änderungen in der Präambel des Grundgesetzes noch in Artikel 23 gefordert, weil mir vor einiger Zeit von unseren deutschen Partnern bereits gesagt wurde, daß diese Änderungen herbeigeführt würden. Daher war dies heute kein Diskussionspunkt. Daher ist die Verfassungsänderung eine Angelegenheit des Landes, das für diese Verfassung verantwortlich ist. Wir erhielten zufriedenstellende Zusicherungen – nicht nur wir – dies war ein Thema, das vor allem in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen behandelt wurde. Hinsichtlich des Zeitplans gab es in der Tat ein Problem verschiedener Konsultationen vor diesem Treffen, und dies wurde während dieser Tagung auch erwähnt. Wir sind interessiert an einem schnellen Abschluß eines bilateralen Vertrages, dem Vertrag zwischen Polen und dem vereinten Deutschland, und wir haben die Zusicherung erhalten, daß dieser Vertrag beschlossen werde baldmöglichst nach der Einigung Deutschlands. Dies entspricht der polnischen Position von Anfang an.

Wir haben uns immer vorgestellt, daß die Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages nach der Vereinigung stattfindet. Aber wir bestanden auf der Nützlichkeit von Gesprächen in Vorbereitung des Vertrags jetzt, vor der Einheit, weil dies hilfreich sein könnte für das, was nach der Einheit geschieht. Dies würde ich ein pragmatisches Verfahren nennen.

DUMAS: Vielen Dank. Ich möchte meinen sechs Kollegen danken. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Teilnahme an diesem Meinungs austausch.

(Ende der Niederschrift)

NNNN

ANMERKUNG DES ÜBERSETZERS:

Aus der Antwort von Herrn Genscher (S. 16 des amerikanischen Originals, S. 13 dieser Übersetzung) entnehme ich, daß die einzelnen Außenminister dieser Pressekonferenz jeweils ihre Landessprache benutzten. Da es sich zumindest bei Herrn Genschers Texten offenbar um Rückübersetzungen handelt, mag es zweckvoll sein, nachzuforschen, ob eine deutschsprachige Fassung dieser Pressekonferenz greifbar ist.

Dieter H. Kniese